

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Anmelde- statt Genehmigungsverfahren für Schwertransporte**

2016 wurden in Bremen ca. 56 700 Genehmigungs- und Anhörungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte durchgeführt, in den ersten beiden Quartalen 2017 waren es ca. 33 250 Verfahren.

Der Transport und die Logistik entsprechender Güter ist ein Rückgrat des Industriestandortes Deutschland. Zu einer arbeitsteilig organisierten und exportorientierten Wirtschaftsstruktur gehören solche Transporte inzwischen zum Normalfall der Straßennutzung. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass ein Großteil des heutigen Straßennetzes vor mehr als 40 Jahren gebaut worden ist und zu keiner Zeit für das heutige Verkehrsaufkommen ausgelegt war, was sowohl die Anzahl der Lkw-Transporte als auch das Gewicht der Einzeltransporte anbelangt.

Das bisherige Genehmigungsverfahren soll diesen Randbedingungen Rechnung tragen, es wird aber den aktuellen Bedarfen nicht mehr gerecht und ist zu aufwändig. Ursache dafür sind auch neue bundesrechtliche Regelungen, daher besteht auch hier Korrekturbedarf. Ab 2021 wird nach derzeitigem Stand das neu gegründete Fernstraßenbundesamt für diese Verfahren zuständig sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die bisherigen gesetzlichen Regelungen eines Genehmigungsverfahrens für Groß- und Schwertransporte dahingehend geändert werden, dass dieses zukünftig wenigstens für Großraumtransporte als Anmeldeverfahren mit Auflagemöglichkeit ausgestaltet wird.
2. im Bemühen um die Reduzierung der Bearbeitungsfristen des bisherigen Genehmigungsverfahrens für Groß- und Schwertransporte insbesondere auch eine Weiterentwicklung der bereits genutzten digitalen Verfahren (VEMAGS) zur Verbesserung des Workflows in den Genehmigungsverfahren zu prüfen und voranzutreiben.
3. den staatlichen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die erreichten Ergebnisse und die Entwicklung der Bearbeitungszeiten für Genehmigungsverfahren halbjährlich zu berichten.

Heike Sprehe, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und  
Fraktion der SPD

Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen